

Saarbrücker Zeitung.

Nº 7113.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Pestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R P . 15 S gr . Auswärts 1 R P . 20 S gr . — Inserate, pro Petit-Blatt 2 S gr , nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer und H. Mose; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hafenstein & Roosler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Füger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schickler; in Elbing: Neumann-Dartmann's Buchhandl.

1872.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 28. Jan. Nach zuverlässigen Nachrichten, die dem "Telegraphischen Correspondenz-Bureau" aus dem benachbarten Frohsdorf zugegangen sind, ist daselbst über ein angebliches Eintreffen des Grafen von Paris durchaus nichts bekannt. (Vergl. unter Desterreich.)

Berlin, 28. Januar. Die Nationalversammlung nahm gestern bei fortgesetzter Berathung des Gesetzentwurfes über die Handelsmarine ein Amendingement an, wonach die Einfuhr von Guano auf fremden Schiffen von der Bushagsteuer ausgenommen wird. Hierauf wurden Artikel 2, 3 und 4 des Gesetzentwurfes angenommen und ein Amendingement, welches die Einfuhr von Lebensmitteln von den Bestimmungen der Art. 1 und 2 befreien wollte, mit 353 gegen 289 Stimmen verworfen. Delsol legte den Commissionsbericht über die Aufklärung der Handelsverträge vor.

Die Steuerreform im Abgeordnetenhouse.

Berlin, 28. Jan.

Twesten äußerte einmal, daß zu einer ordnungsmäßigen Budgetberathung das Abgeordnetenhaus drei Monate Zeit haben müsse. Gegenwärtig ist das Haus abzüglich der Weihnachtsferien erst sechs Wochen beisammen und hat das ganze Budget in der Vorberathung — zur Schlussberathung bedarf es stets nur weniger Tage — erledigt bis auf den Cultusetat, die Besoldungsverbesserungen und die Steuerreform. Die verzögerte Berathung des Cultusetats hing mit dem Ministerwechsel zusammen. Die Besoldungsverbesserungen werden in der Budget-Commission für jede Beamtenkategorie auf das gründlichste geprüft. Hätte die Regierung sich nicht darauf befrüchtet, fast mechanisch die vorhandenen Gehaltsklassen zu erhöhen, sondern überall auch die Grundsätze für die Bildung dieser Gehaltsklassen einer zeitgemäßen Abänderung unterworfen, so würde der Budgetcommission die mühsame Arbeit erspart worden sein. Gleichzeitig war eine besondere Commission mit Prüfung der Steuerreform vorschläge beschäftigt und hat gestern ihre Arbeiten beendigt. Bekanntlich sind pro 1872 1,150,000 Thlr. und von 1873 an 2,550,000 Thlr. zu Steuererlassen verfügbare. Hätte die Regierung den Vorschlag gemacht, den Zeitungsstempel aufzuheben, die Staatslotterie abzuschaffen und etwa den Kaufstempel für Immobilien zu ermächtigen, so würde ein solcher Finanzplan sowohl im Abgeordnetenhouse wie im Herrenhause eine große Mehrheit als bald gefunden haben. Statt dessen wird mit der Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer der Vorschlag verbunden, die unterste Klassensteuerstufe aufzuheben. Die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer freilich ist seit 25 Jahren von den parlamentarischen Körperschaften in Preußen wiederholt auf das dringendste gefordert worden. Die Commission ist dann auch bereitwillig auf diesen Theil der Reform eingegangen und hat sie weiter noch dahin vervollständigt, daß sie auch den Gemeinden nicht gestatten will, für ihre Zwecke die Schlachtsteuer beizubehalten. Dagegen ist der Vorschlag der Aufhebung der letzten Klassensteuerstufe im Abgeordnetenhouse auf einen wachsenden Widerstand gestoßen. Ein Steuererlaß an dieser Stelle ist niemals von der Volksvertretung gefordert worden. Wie die Offiziösen versichern, hatte der Finanzminister auch weit mehr die Aufhebung des Zeitungsstamps begehr. Erst im Schoße des Staatsministeriums scheint der neue Plan extemporiert worden zu sein. Suerst verklärte dann die "Provinzial-Correspondenz" ganz mystisch, das Ministerium werde eine Steuerreform vorschlagen, welche die untersten Volksklassen zu entlasten bestimmt sei. Als einige Tage darauf dann die Weihnachtsbesprechung im Abgeordnetenhouse ausgetragen wurde, äußerten bei der Budgetdebatte gleichmäßig die Abg. Birchow und Richter von der Linien und Wedell und Gottberg von der Rechten die schwersten Bedenken gegen einen Steuererlaß nach dieser Richtung. Politisch sei es nicht richtig, 5 Millionen Einwohner

Der Salonwagen des Deutschen Reichskanzlers.

Der von den deutschen Eisenbahngesellschaften dem Reichskanzler Fürsten Bismarck geschenkte Salonwagen, welcher vor einigen Tagen aus der Fabrik der Actiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnbedarf hervorgegangen, ist eine der tüchtigsten Leistungen der Technik auf diesem Gebiet und zeichnet sich vor Allem durch vornehme Einfachheit aus. Die Seitenfront des Wagens enthält 7 Fenster mit großen Spiegelscheiben, wovon die beiden äußern den Eingangstüren angehören, zu denen bequeme, mit rothem Sammet beschlagene Hallentreppen hinaufführen, so daß man kaum der Stütze des zierlich gearbeiteten, vergoldeten Handgriffes beim Einstiegen bedarf. Neben jeder Thür ist eine prächtige Laterne mit silbernem Reflector aufgestellt, welche ihr Licht durch schön geschliffene Kristallgläser hinauswirft. Die Grubfarbe des Wagens ist ein schönes Dunkelblau, worauf Vergoldung in schwarzen Streifen als Umrundung der Fenster und Thüren, als Verzierung des etwas vorspringenden, zinnenartigen Verdeckstumes angebracht ist, während sich unter dem Mittelfenster jeder Seitenfront das fürstliche Wappen zeigt mit der Devise: "in trinitate robur." Zu den ganz besonders praktischen Einrichtungen des Wagens gehört, daß sich zwischen beiden Achsen ein schwarzer geräumiger Kasten von Eisenblech befindet, der die ganze Breite des Wagens einnimmt. Es ist der Gepäckkasten, wo zu die genau hineinpassenden Reisefässer noch nach-

von jeder directen Staatssteuer zu entbinden. Wohl bleibe das allgemeine gleich Wahlrecht ohne allgemeine und bewußte Steuerpflichten. Die Entlastung der unteren Volksklassen müsse bei den indirecten Steuern, insbesondere der Salzsteuer beginnen. Die unterste Klassensteuerstufe entheile nicht einmal die Bedürftigsten, sondern viel herrschaftliches Geständ, Junggesellen u. s. w. In den Weihnachtsferien hatten dann die Abgeordneten Gelegenheit sich davon zu überzeugen, daß diese Art auch im Lande durchweg als zutreffend angesehen wurde und daß man auch die Schwierigkeiten der bisherigen Veranlagung und Erhebung in der untersten Klassensteuerstufe übertrieben dargestellt habe. Als die Commission zusammenkam, zeigte sich denn auch, daß der Regierungsvorschlag unter 21 Mitgliedern nur 4 Freunde besaß, Hennig und Bischöfle von den National-Liberalen, Löwe von der Fortschrittspartei und den Freiconservativen Elsner von Gronow. Mehrere darunter, wie außerhalb der Commission auch Lasker, glaubten in dem Regierungsvorschlag einen Anfang zu einer Totalreform der Klassen- und Einkommensteuer zu erblicken. Die Notwendigkeit einer solchen Reform wird zwar allgemein anerkannt, aber seine Annahme ist durchaus willkürlich, Camphausen ist eingestandene Maßnahmen Freund der indirecten Besteuerung, jene Maßregel bezweckt daher eher die Abrogation als den Ausbau des directen Besteuerungssystems. Stand in der Commission die Verwerfung des Regierungsvorschages von vornherein fest, so war es doch heraus schwierig, die Gegner zu einem Gegenvorschlag zu einigen. Wie der Regierungsvorschlag das Steuersystem in seinen Grundlagen berührte, wurden nun zunächst auch Gegenvorschläge gemacht, welche auf eine Totalreform des Steuerwesens hinzielten (Ueberlassung der Gebäudesteuer an die Communen), oder sogar anderweitige politische Organisationen vorausgesetzt (Ueberweisung directer Steuern an Provinzen, Kreise &c.). Vorschläge in dieser Richtung hatten aber nicht Aussicht, bei dem Widerspruch der Regierung eine irgend erhebliche Majorität auf sich zu vereinigen. So kam man denn zuletzt zu Gegenvorschlägen, welche den beabsichtigten Steuererlaß sichern sollten, ohne doch an den Grundsätzen des Steuersystems Wesentliches zu ändern und einer alleitig als notwendig erachteten Totalreform der Klassen- und Einkommensteuer vorzugreifen. Der erste Vorschlag in dieser Richtung, zwei Monatsraten von der gesamten Klassensteuer zu erlassen, wurde mit 11 gegen 10 Stimmen verworfen, dann aber der Vorschlag, von der untersten Hauptklasse vier Monatsraten oder ein Drittel zu erlassen, mit 17 gegen 4 Stimmen angenommen. Die unterste Hauptklasse umfaßt außer der untersten Stufe (15 %), welche also den Regierungsvorschlägen entgegen steuerpflichtig sein soll, die drei Stufen der jährlich 1, 2 und 3 % Steuernden. Es sind dies im Sinne des Gesetzes „diesenigen Grundbesitzer und Gewerbetreibenden, welche nach dem Umfange und der Beschaffenheit ihres Besitzthums oder Gewerbes durch das hierdurch gewährte Einkommen nicht selbstständig bestehen können und sich daher noch Nebenverdienst, namentlich durch Tagelohn oder diesem ähnlichen Lohnarbeit suchen müssen, außerdem die gewöhnlichen Lohnarbeiter, die Handwerksgesellen, das gewöhnliche Gesinde und die Tagelöhner.“ Die 7½ Millionen Steuerpflichtiger, welchen hiernach etwa 2,300,000 % Steuer erlassen werden sollen, gehören also immerhin noch zu denselben, welche ihre Steuer nicht aus dem Entbehrlichen zahlen. Der Vorschlag, von der ganzen Klassensteuer 2 Monatsraten zu erlassen, würde die Erleichterung noch weiter auf alle Personen ausgedehnt haben, die weniger als 1000 % Einkommen beziehen. Es kann wohl auch nicht bestritten werden, daß im Allgemeinen die Klassensteuer auf diesen Personen schwerer lastet, als die Einkommensteuer auf den mit einem höheren Einkommen Veranlagten. Auch würde die Ausdehnung des Steuernachlasses auf die höheren Klassensteuerstufen den Communen mehr Raum geschaffen haben für diesenigen Zuschläge, welche sie nach Auf-
den Räumen des doppelten Fußbodens angebracht, indem rechtwinkeliche, röhrenartige Kästen von Eisenblech, mit Rosten versehen, sich durch die Breite des Wagens ziehen. Als Ventilationsvorrichtungen für die inneren Räume des Wagens dient eine Anzahl kleiner Abzugsröhrer mit Windflügeln.
Beim Eintritt in den Wagen gelangt man zuerst in den, 3 Fenster der Seitenfront einnehmenden Salon der Fürstin. Weiche und schwere geblümte Teppiche bedecken den Fußboden, eine Vertäfelung (aus Mahagoniholz gearbeitet, wie überhaupt alle sichtbare Holzarbeit im Inneren des Wagens), zieht sich in der Höhe von etwa 3' an den Wänden herum. Die Tapete besteht in einer Polsterung, bedeckt mit blauem Seidenstoff; etwas lichter ist die Färbung der Decke, um welche sich eine Kranzdecoration zieht, vorstellend Lorbeer- und Eichenblätter in Gold auf blauem Grund gezeichnet, zwischen derselben wiederkehrend das fränkische Wappen. Die Beleuchtung geschieht durch 4 anmutige, reichvergoldete, doppelarmige Wandlampen mit Kugelgläsern von Milchglas. Das Mobiliar besteht aus einem bequemen Sopha, Lehnsstühlen, Tabourets, ferner aus einem großen, bequemen Schlafruhstuhl, auf dem eine Schublade sich vorziehen läßt und so den Stuhl zum Lager verlängert. Die Bezüge des Mobiliars bestehen aus grauem Sammet, harmonirend mit dem Farbenton der Tapisserie. Der Gesamteindruck, den der Salon mit seinen meist gebrochenen Farben, seinen zierlichen, bequemen Möbeln macht, ist der eines vornehmen feinen Geschmacks.

hebung der Mahl- und Schlachtsteuer zur Deckung des eigenen Ausfalls einführen müssen. Indessen hat der zuletzt angenommene Vorschlag den Vorzug, daß sich auf ihn außer sämtlichen Conservativen und Klerikalen auch Vertreter aus allen übrigen Fraktionen geeinigt haben (beispielsweise Richter von den Nationalliberalen, Donalies und Spielberg von der Fortschrittspartei). Die Regierungsvertreter haben freilich auch diesem Vorschlage bis zuletzt widergesprochen. Nach unserer 1850 verabschiedeten Verfassung („die bestehenden Steuern werden forterhoben“) befindet sich auch der Finanzminister in der Lage, jedem Steuernachlaß in anderer Weise, wie er solchen beabsichtigt, zu widersprechen. Dann ist das Abgeordnetenhaus freilich an die Wahl gestellt, entweder auf einen Steuernachlaß überhaupt zu verzichten oder ihn in einer Form anzunehmen, die es für unzweckmäßig oder gar schädlich hält.

Deutschland.

△* Berlin, 28. Januar. Oberbürgermeister Seydel hat, wie Sie bereits wissen, sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt. Er ist zu diesem Entschluß schneller gekommen, als man erwartete; es mag schließlich neben der Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand die Erkenntniß den Ausschlag gegeben haben, daß es ihm nicht gelingen würde, die Stellung innerhalb der städtischen Behörden zu gewinnen, deren er zur Durchführung der großen und schwierigen Aufgaben, die die Hauptstadt des deutschen Reichs zu erfüllen hat, bedarf. Seydel ist eine reichbegabte Natur, aber es mangelt ihm an organisatorischer Kraft und an Ausdauer in der Verfolgung eines einmal gesetzten Planes. Er konnte sich weder im Magistrat noch in der Stadtverordnetenversammlung, in welcher der Magistrat seine Vorlagen wenig vertrat, Anhänger verschaffen. Die bevorstehende Neuwahl, welche mit der nunmehr noch vertragten Neuwahl des zweiten Bürgermeisters zusammenfällt, ist für die Entwicklung der Hauptstadt, die noch viel zu leisten hat, von entscheidender Wichtigkeit. Berlin bedarf an der Spitze seiner Communalverwaltung eines energischen und gewandten Mannes, der die Verhältnisse zu übersehen und innerhalb der städtischen Behörden Einfluß zu gewinnen vermag. Innerhalb der Kreise der Stadtverordneten sprach man in diesen Tagen vorzugsweise von Hobrecht, dem Breslauer Oberbürgermeister. Einige zweifelten nur, daß er annehmen würde. Indes ist das alles wohl möglich als vorläufiger Meinungsaustausch anzusehen. Gleichzeitig mit dem hiesigen wird auch das Oberbürgermeister-Amt in der Hauptstadt der Provinz Preußen vacan. Wie ich Ihnen bereits Sonnabend meldete, (Das betr. Telegramm ist erst nach Schluß des Blattes hier eingetroffen, und konnte für die Sonntags-Morgennummer nicht mehr benutzt werden. D. R.) ist Oberbürgermeister Kieschke aufgesfordert, die Direction einer hier gebildeten großen Baugesellschaft zu übernehmen und zwar unter sehr günstigen Bedingungen. Die Gesellschaft beabsichtigt in Berlin größere Anlagen — Straßen, öffentliche Plätze, Markthallen, Canäle und dergleichen — durchzuführen. Es sollen die für den Verkehr und die rapide Entwicklung der Hauptstadt notwendigen Einrichtungen geschaffen werden, welche die Commune selbst nicht oder nur sehr schwer zu schaffen vermag. Wie ich höre, ist Hr. Kieschke bereit, dem Rufe zu folgen und schon in nächster Zeit die hiesige Stelle anzutreten. — Im Abgeordnetenhouse waren gestern die Commissionen thätig. Die Bud get commission beschäftigte sich mit den Gehaltsverbesserungen für die Richter. Sie gelangte bis zu den Gerichtsscretaires. Die für die Kreisrichter vorgeschlagenen Erhöhungen (von 800—1500 R_P) machen 227,600 R_P aus; außerdem wurden erhöht die Richter an den 4 Stadtgerichten und bei den Commerz- und Admiratitäts-Gerichten von 1000—1600 R_P (Mehrbetrag zusammen 27,250 R_P), die Staatsanwalte bei den Stadtgerichten auf 1500 R_P, bei den Kreisgerichten von 800—1500 R_P. Natürlich können diese Erhöhungen nur dann eintreten, wenn sich die Mittel dis-

raum in das Arbeitszimmer Bismarck's. Der Eindruck, den man beim Betreten dieses Zimmers empfängt, ist besonders wohlthuend. Dasselbe nimmt nur zwei Fenster der Front ein und ist auf das Beaglichste eingerichtet. Statt der Wandverkleidung zieht sich in diesem Zimmer die Tapiserie bis an den Fußboden hinunter; die Farbe des hierbei verwandten, gleichfalls grauen Seidenstoffes ist nicht so dunkler und intensiver als im Sa' on; der nämliche Seidenstoff bekleidet auch die Decken. Das M. biliar besteht nur aus Lehnsessel und Sopha, mit olidem, braunem Saffian bezogen. Ein kleiner Wandisch mit Marmorplatte zum Aufklappen, dem gegenüber ein niedlicher Schreibtisch in der Wand, welcher oben einen Flaschenschrank mit vollständiger Ausstattung enthält, dessen niedergeschlag ne Schreibplatte Fächer und Schreibblätter mit allem nur denkbaren Schreibgeräthen lädt, vor vollständigen die Einrichtung des Gemachs. Von hier aus treten wir in den, dem westen Fenster entsprechenden Raum des Wagens, welcher für die Begleitung des Fürsten bestimmt ist. Derselbe ist mit hellgelber Tapiserie ausgestattet und enthält als einziges Mobiliar ein dreisitziges Sopha mit hoher Rückenlehne und rothem Samtüberzug, welches zu zwei bequemen Lagerstätten übereinander hergerichtet werden kann. An einer Stelle des Fußbodens lässt sich der Teppich aufrollen, eine geheime Klappe öffnet sich und der kleine Reise-Weinkeller mit verschiedenen Einstägen und Abtheilungen wird sichtbar, worin auch Eis und Lebensmittel Platz finden können. Hiermit ist die Wanderung durch

ponibel finden. Möglich wären die Erhöhungen, wenn sich die Regierung entschließe, in Bezug auf die Steuervorlage, über welche gestern ebenfalls in einer längeren Sitzung verhandelt wurde, eine andere Haltung einzunehmen. Die Streichung der untersten Klassensteuerstufe 1 a. hat, wie dies zu erwarten war, bei der Abstimmung in der Commission nur vier Anhänger gefunden. Demgegenüber standen eine Reihe von Abänderungsvorschlägen. Der eine ging dahin, nur für das Jahr 1872 eine Steuerermäßigung (und zwar 1 Monatsrate für alle Klassensteuerstufen) eintreten zu lassen und die weiteren Beschlüsse für das nächste Jahr vorzubehalten, erhielt aber nicht die Majorität, ebensowenig ein Antrag, die in diesem Jahre disponible Summe den Gemeinden zu überweisen; angenommen wurde dagegen der Antrag, für die unteren Klassensteuerstufen 1 a., 1 b. 2 und 3 bis zur anderweitigen Regelung 33 $\frac{1}{3}$ % jährlich zu erlassen und gleichzeitig zu bestimmen, daß in 1 a. stets nur eine Person aus einer Haushaltung eingeschäfzt werde. Die Vertreter der Staatsregierung verhielten sich auch in dieser Sitzung allen Anträgen gegenüber zurückhaltend und ablehnend. Nach den Berathungen der Commission wird die Regierung erst definitiv Stellung zu den verschiedenen Anträgen nehmen. — Die Commissare für den Cultusetat hatten gestern mit dem neuen Cultusminister eine mehrstündige Conferenz. Die gegen Mühlers gestellten Anträge sind zurückgezogen. In Betreff der Mühlerschen Vorlagen konnte falso eine bestimmte Auskunft noch nicht ertheilen, da das Staatsministerium seit seinem Eintritt noch keine Sitzung gehabt.

+ Berlin, 28. Jan. Der Cultusminister hat so eben dem Abgeordnetenhause den neuen Normal-Stat für die Besoldung der Directoren und Lehrer an den Königlichen Gymnasien und den diesen gleichstehenden höheren Unterrichtsanstalten überreicht. Nach demselben sollen die Besoldungen künftig betragen I. für die Directoren 1) in Berlin: 2200 R \AA , 2) in Städten mit mehr als 50,000 Einwohnern, so wie in Altona, Kassel und Wiesbaden: 1700 — 2000 R \AA . (durchschnittlich 1850 R \AA); 3) in allen übrigen Orten: 1500 — 1800 R \AA . (Durchschnitt 1650 R \AA); II. für die definitiv angestellten ordentlichen Gymnasial-Lehrer (mit Ausschluß der definitiv angestellten Hilfslehrer und technischen Lehrer) 1) in Berlin: 700 — 1700 R \AA . (durchschnittlich 1200 R \AA), 2) in allen übrigen Orten 700 bis 1400 R \AA . (durchschnittlich 1050 R \AA). Der Durchschnittsgehalt der Directoren- resp. ordentlichen Lehrerstellen so oft mal genommen, als vergleichbare Stellen vorhanden sind, ergibt für diese Stellen die zulässige Gesamtsumme (Normaletatssumme). Die Besoldungen der Directorenstellen ad 2 und 3 sind innerhalb der Grenzen der Minimal- und Maximalsätze, so wie der Besoldungssumme jeder Abtheilung für sämtliche zu der betreffenden Abtheilung gehörigen Stellen übertragbar, während sich bei den ordentlichen Lehrerstellen die Übertragbarkeit auf die Normalbesoldungssumme jeder Anstalt für sich beschränkt, so daß alle Übertragungen der Lehrerbefolungen von einer Anstalt auf die andern nicht stattfinden. Die Bewilligung der einzelnen Befolungen innerhalb der Eiatssäge steht dem Unterrichtsminister mit der Maßgabe zu, daß dabei das Maximum des Normalgehalts für den Director, resp. für den Lehrer nicht überschritten und daß dem jüngsten oder zuletzt angestellten Lehrer nicht mehr als das geringste Normalgehalt bewilligt werden darf. Vorhandene Befolungen, welche über die Normalgrenzen hinausgehen, werden bei eingetretender Erledigung der Stellen um den überschreitenden Betrag verminder. Emolumente (Schulgeld, Gebührenz.) fließen künftig zur Anstaltssäge. Für Dienstwohnungen ist der Inhaber verpflichtet eine Miethe zu zahlen, welche bis auf Weiteres 1) in Städten mit mehr als 50,000 Einw. 10 %, 2) in Städten mit 10,000 — 50,000 Einw. 7 $\frac{1}{2}$ %, 3) in allen übrigen 5 % des gesamten Einkommens beträgt. Fals diese Dienstwohnungen zu Anstaltszwecken zurückgezogen werden müssen, haben die Inhaber derselben, außer dem Fortfall der Miethe, auf keine Entschädigung Anspruch. Die

aus dem zwar beschränkten, aber bei schönster Anordnung mit aller Bequemlichkeit ausgestatteten Raum in das Kreise. (D. B. F.)

M. Berlin, 27. Januar. Gestern fand unter ungeheurem Andrang sowohl der Theilnehmer wie der Zuschauer der erste diesjährige Subscriptionsball im Opernhaus statt, der alles vereinte, was Berlin an Reichtum und Eleganz besitzt; selbstverständlich war die Erdme der Aristokratie und die Korphäen der Börse vollzählig vertreten, während das Rendezvous der Künstler und Gelehrten, das Früher diesen Festen einen eigenen Reiz verlieh, von Jahr zu Jahr immer spärlicher wird. Das Geld schützt heuer alles. Die entwickelte Pracht war fast blödend, die Frauentoiletten leisteten an Glanz und Schönheit keinem bekanntem "Oben zu wenig, Unten zu viel" das Mögliche. Bald nach 9 Uhr erschien der Hof, die Kaiserin in gebüstumtem weißen Atlas, die Kronprinzessin in dunkelrother Seide, die Prinzessin Carl in rosa Atlas mit Pensé-Ueberwurf; die liebliche Prinzessin Friedrich Carl fehlte, sie wird durch die Rötheln's Bett gesesselt. Um $\frac{1}{2}$ 10 Uhr fand unter Vor-ritt des General-Intendanten v. Hülsen und der Balasfadem Gräfin Hacke der Umgang des Hofs statt, geführt vom Kaiser mit der Kronprinzessin, um 10 Uhr folgte der zweite Umgang und gegen 1 Uhr verabschiedeten sich die Majestäten. Gegenstand be-

Befolbung der Hilfslehrer, technischen und Elementar-Lehrer werden innerhalb der bei jedem Gymnasium für diese Befolbungen bereits etatsmäßigen Gesammtsumme von dem Unterrichtsminister bewilligt; diese Gehälter dürfen das Befolbungsmimum der ordentlichen Lehrer nicht überschreiten. — Zur Vergleichung wollen wir die Sätze des früheren Normalatats von 1863 folgen lassen. Dieser stellte 3 Gehaltsklassen fest und zwar für die Directoren 1. Kl. bis 1800, 2. Kl. bis 1600 und 3. Kl. bis 1200 (resp. 1300 und 1400) R.; für die ordentlichen Lehrer 1. Kl. 600—1300 (Durchschnitt 950) R., 2. Kl. 550—1150 (Durchschnitt 850) R., 3. Kl. 500—1000 (Durchschnitt 750) R. In der Provinz Preußen gehörten zur 1. Kl. das Gymnasium zu Königsberg, zur 2. Kl. die Gymnasiasten zu Elbing, Tilsit, Marienburg, Gumbinnen und Thorn; zur 3. Kl. die zu Culm, Braunsberg, Conitz, Lyck, Rastenburg, Hohenstein, Dr. Erone und Neustadt. (Die Gymnasiasten zu Danzig 1. Kl., Memel 2. Kl. und Marienburg 3. Kl. sind städtische Anstalten.) — In den Motiven zu der neuen Vorlage erkennen der Minister es an, daß die Befolbungssätze des Normalatats von 1863 schon nach den damaligen Sätzen knapp bemessen waren; inzwischen seien sie durch das fortwährende Steigen der Preise aller Lebensbedürfnisse völlig unzureichend geworden. Sie bedürfen daher aus denselben Gründen, aus welchen für die übrigen Beamten im Etat pro 1872 Gehaltsverbesserungen in Ansatz gebracht sind, einer angemessenen Erhöhung. Die in der Vorlage angefertigten Befolbungen für Gymnasial-Directoren und Gymnasiallehrer sind nach denselben Grundzügen normirt, welche den künftigen Befolbungen der Directoren und Richter bei den Gerichten 1. Instanz zur Grundlage dienen. Dies ist zum Theil auch schon bei dem Normalatat von 1863 geschehen. „Die künftige Gleichstellung der Befolbungen bei den Gymnasiasten und bei den Gerichten 1. Instanz — heißt es in den Motiven — rechtfertigt sich dadurch, daß beiderseits die Beteiligten Universitätsstudien gemacht haben müssen, sowie durch die in jeder Beziehung gleiche amtliche und soziale Stellung.“ — Gewiß wird diese erste Vorlage des Herrn Falck allgemein, nicht allein in Kreisen der von denselben zunächst betroffenen Gymnasiallehrer — eine lebhafte Anerkennung finden.

Das Staatsministerium ist um 2 Uhr zu einer Sitzung im auswärtigen Amt unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Fürsten Bismarck zusammengetreten.

Die Leitung des preußischen Artilleriewesens ist, der „Schl. Btg.“ zufolge, nachdem General von Hindenbusch gestorben, dem General-Major Prinzen Kraft zu Hohenlohe zugedacht.

* Von den durch das Berliner Polizeipräsidium confiszierten Berliner Zeitungen hat bis jetzt nur der Börsen-Courier sein Exemplar wieder zurückgehalten. Die bereits erwähnte Interpellation des Abg. Schröder in dieser Angelegenheit, welche Dienstag auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses steht, ist folgendermaßen formulirt. Nachdem die Thatsache der Confiscation berichtet ist, heißt es: „Ein Grund ist, wie gewöhnlich, nicht angegeben worden, kann aber nur in einem von allen genannten Zeitungen gleichlautend gebrachten Inserat des Verwaltungsraths der Deutschen Hypothekenbank zu Meiningen vom 15. Januar gefunden werden. Am bezeichneten Tage stand auf der Tages-Ordnung der Sitzung des Abgeordnetenhauses die Anfrage des Abg. Dr. Löwe wegen der von der genannten Bank beabsichtigten weiteren Emission von Prämien-Pfandbriefen. Offenbar hat das Polizeipräsidium diese letztere Angelegenheit mit seinem Inserat in Verbindung gebracht. Wie der Inhalt des letzteren darthut, bezieht sich das Inserat, daß den Anlaß zur Confiscation gegeben hat, aber gar nicht auf die Prämien-Pfandbriefe, sondern hat das Bezugsrecht der Actionäre der Meiningen Hypothekenbank auf neue Stamm-Aktionen zum Gegenstande. Die Confiscation der oben genannten Zeitungen ist also nur ein neuer schlagender Beweis, mit wie wenig Besonnenheit von dem hiesigen Polizeipräsidium bei der Beschlagnahme von Zeitungen verfahren zu werden pflegt und steift auch insofero gegen wiederholte ausdrückliche Weisungen des Ministers des Innern, als sie sich nicht auf die Wegnahme der Inseraten-Beilage beschränkt hat, deren Inhalt den Vorwand für die Beschlagnahme hat bieten müssen, sondern sich auf den Gesamtinhalt der Zeitungen erstreckt. Ich erlaube mir also an die Staatsregierung die ergebene Anfrage: 1) Hat dieselbe von dem genannten Sachverhalte Kenntnis genommen? 2) Was gebietet dieselbe zu thun, um das hiesige Polizeipräsidium, welches sich schon mehrmals solche Geschwätzigkeiten hat zu Schulden kommen lassen, in den Weg Rechtens zurückzuführen und den verlegten Zeitungs-Eigenthümer Gemüthung zu gewähren?“ Unterstellt ist die Interpellation A. D. durch die Abg. Jung, Dr. Bunsen, Hänel, Richter, Kloß, Weese, Dr. Eberty, Kückert, v. Hennig, Plehn, Bischoff, Kieschke, Thommen.

Der „Weser-Btg.“ zufolge wird die nicht zur Ausführung gekommene Expedition gleichwohl eine bleibende Folge haben, indem sie den Anstoß zur Bildung von Reserven der Kriegsmarine, und zwar zunächst einer ersten Schiffstreibe gegeben hat. Diese soll bestehen aus zwei Panzerschiffen (jetzt „Kronprinz“ und „Friedrich Carl“), zwei Corvetten („Elisabeth“ und „Augusta“) und einem Aviso („Albatros“). Diese Kriegsschiffe sollen beständig zur Indienststellung soweit vorbereitet bleiben, daß dieselben im Falle des Bedürfnisses binnen fünf Tagen in See stechen können. Die Bildung einer zweiten und dritten Reserve steht noch aus. Diese Einrichtung besteht bei fast allen fremden Kriegsmarinen und hat den Zweck, im Bedürfnisse die erfahrungsmäßig großen Kosten und den großen Zeitverlust, welche die plötzliche Indienststellung von Kriegsschiffen, namentlich Panzerschiffen, erfordern, zu vermeiden.

Der Decernent für Schiffsbau in der Admirälatät, Elberthagen, ist der „Bess. Btg.“ zufolge um seine Pensionierung eingetragen. Bei der letzten Bestellung von 2 großen Panzerschiffen in England hat er als technischer Rathgeber nicht mitgewirkt, sein Vertreter machte jedoch Bedenken geltend, deren vollständige Berücksichtigung nicht eintrat. Der neue Chef der Admirälatät sucht sich übrigens auf dem ihm fremden Terrain zu orientieren, in der Verwaltung wäre wesentlich auf Ersparungen hinzuwirken, die persönlichen Ausgaben zu vermindern, die fachlichen zu steigern. Die Marine-Intendantur soll dezentralisiert und hiesige Beamte nach Wilhelmshafen, Kiel u. versezt werden.

Prinz Friedrich Carl hat die Reise nach

dem Orient, die er in diesen Tagen anzutreten beabsichtigt, aufgeschoben, da seine Gemahlin erkrankt ist.

Die Conversion der 5% städtischen Anleihe nimmt ihren ruhigen Fortgang. Vor ungefähr acht Tagen war schon über eine Million convertirt und der Termin läuft bis zum 15. Februar. Das Gelingen der Operation kann also schon jetzt als gesichert angesehen werden, was freilich bei dem reichen Geldstande zu erwarten war, sobald nicht ein politisches Ereignis störend dazwischen trat.

Auf den Antrag der philosophischen Fakultät der hiesigen Universität hat der seitlicher Minister v. Möller durch Besißlung vom 30. Dezember v. J. den § 80 der Statuten der gedachten Fakultät dahin geändert, daß es künftig der philosophischen Fakultät freistehen soll, für die Beantwortung der von ihr zu stellenden Preisaufgaben den Gebrauch der deutschen Sprache alsdann zu gestatten, wenn sie der Ansicht ist, daß das Thema der Abhandlung besser in deutscher, als in lateinischer Sprache behandelt werden kann. Der Rector der Universität hat den Magistrat hieron mit dem Ersuchen in Kenntnis gesetzt, dem entsprechend die Wänderung des § 5 des Statuts der städtischen Stiftung zu Preisaufgaben für Studirende der hiesigen Königl. Universität vom 12. October 1860 gezeigt veranlassen zu wollen. Der Magistrat hat hierzu die Genehmigung der Stadverordneten-Versammlung nachgefragt.

Nach einer Mittheilung des R. General-Consuls Legations-Raths Wille in London ist über die Versicherungsgesellschaft „European“ daselbst der förmliche Concurs eröffnet worden und es bedarf keiner weiteren Einzahlung von Prämien Seitens der Versicherten, um sich ihren Anspruch an die Concursmasse zu erhalten.

Mit der Anlegung der projectirten detachirten Forts um Straßburg wird, wie es nach einer Notiz des „Niederh. Cour.“ den Anschein hat, nunmehr Ernst gemacht. Das Blatt berichtet nämlich: „Am 12. Februar werden fünf größere Forts (No. 1—6) bei Straßburg an die mindestfordernden Baugesellschaften vergeben; sie sollen in 2—3 Jahren vollendet sein.“

Der als Commentator des Allgemeinen Landrechts und anderer preußischer Gesetze bekannte Ober-Landesgerichtsrath a. D. Dr. Koch (geboren am 9. Februar 1798 zu Mohrin in der Neumark) ist am 21. d. in Reise gestorben.

Posen, 26. Januar. Das Gericht wird verbreitet und findet allerdings an einigen auffallenden Erscheinungen eine gewisse Nahrung, daß der Papst dem Erzbischof von Gnesen-Posen die Würde eines Primas von Polen und eine Art von Aufsichtsrecht über sämtliche Diözesen polnischer Zunge verliehen habe. Den Titel „Primas“ legen die polnischen Blätter dem Grafen Ledochowski seit dem Concil sämtlich bei. Es spricht aber etwas gegen die Richtigkeit der Vorstellung. Die Curie soll mit Rusland in Unterhandlung stehen. Da würde es dem weltberühmten Scharffum der Politik des Katholiken schlecht entsprechen, diese doch gewiß wertvollen Unterhandlungen durch einen ohnmächtigen Versuch kirchlicher Wiederherstellung Polens auf das Spiel zu setzen.

Aus Elsaß-Lothringen vom 22. Januar wird der „A. B.“ geschrieben: Mit Ablauf des Schuljahres werden auch einige Theologen auswandern, worunter der Professor und Prediger Lichtenberger, der im November v. J. in der St. Nikolauskirche die bekannte demonstrative Predigt gegen Deutschland gehalten hat und dieselbe überdies noch unter dem Titel „Alsace en deuil“ im Druck erscheinen ließ. Es wird mir mitgetheilt, daß diesem französischen Patrioten von Seiten des Ober-Präsidenten ein Ausweisungsbefehl mit Frist von drei Tagen zugegangen ist, welche Maßregel nur in Rücksicht auf die Familie des Betroffenen und auf inständiges Bitten in sofern eine Milderung erhält, als die Ausweisungsfrist bis zum Juli d. J. verlängert wurde. Mit der definitiven Anstellung aller Beamten im Reichslande wird jetzt rasch vorgegangen. Diejenigen, welche ihre bisher provisorisch innegehabten Stellen behalten, erhalten seit dem Anfang dieses Jahres ihr festes Gehalt ausbezahlt und Diäten erhalten nur noch solche, welche wieder in ihre früheren Stellungen im alten Reich zurücktreten.

Karlsruhe, 27. Jan. Die Abgeordnetenkammer hat die von der Regierung beantragte Erhöhung der Beamtengehalte heute mit unverschämten Modificationen nach den Commissionsanträgen genehmigt. (W. T.)

Oesterreich.

Wien, 26. Januar. Wie die „Presse“ versichert, soll die Frage des galizischen Ausgleiches im Verfassungsausschuß sehr günstig stehen. Die „Presse“ fügt hinzu, es werde allem in verschwert, daß ein Zustandekommen des Ausgleichs nicht mehr zu zweifeln sei.

27. Jan. Die „N. fr. Pr.“ meldet: Der Graf von Paris ist gestern in Wien eingetroffen, wurde von dem Herzog von Blacas Malaspina und Morisen, den Cavalieren des Grafen Chambord, empfangen und ist nach Frohsdorf gereist.

Schweiz.

Bern, 27. Januar. Bei Revision der Bundesverfassung sind vom Nationalrathe feritere Beschlüsse dahin gefaßt worden, daß Staatsverträge künftig der Abstimmung durch das Volk nicht unterliegen sollen und daß auf eine Abstimmung durch das Volk über Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse von allgemein-rechtsverbindlicher Natur durch die Bundesversammlung oder durch eine Gesamtheit von 50,000 Schweizer Bürgern oder durch 5 Kantone provoziert werden kann. Die Stellung von Initiativ-anträgen, deren Buläufigkeit mit 60 gegen 47 Stimmen angenommen wurde, soll sich nur auf Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse erstrecken und ausgeschlossen bleiben bei allen Fragen, durch welche vertragsschichtliche Verpflichtungen des Bundes berührt werden. Ein solcher Initiativantrag, welcher nur von einer Gesamtheit von 50,000 Schweizer Bürgern oder 5 Kantonen ausgehen kann, ist zunächst an den Nationalrat und den Ständerat zu richten. Nur wenn beide Räthe die Erheblichkeitfrage verneinen, soll Abstimmung durch das Volk stattfinden. Ein Antrag auf Annahme der Bestimmung, daß den Mitgliedern des Nationalraths und des Ständeraths durch Abstimmung des Volks das Mandat entzogen werden kann, wurde mit 61 gegen 38 Stimmen verworfen.

England.

Die Brightoner Gistmischerin Christiana Edmunds, welche bekanntlich zum Tode durch den Strang verurtheilt worden war, ist begnadigt worden.

Trotzdem nämlich die Geschworenen die Beweisführung auf Geistesförderung (durch Beispiele aus der Familie der Angeklagten) nicht annehmen, waren Gründe zur Muthmaßung einer solchen Befreiung vorhanden, und eine genaue Untersuchung durch den königlichen Leibarzt Sir William Gull und den Vorsteher des Criminal-Hospitals von Broadmoor, Dr. Orange, bestätigte dies. In Folge dessen wird Miss Edmunds im genannten Hospitale untergebracht werden.

Capzeitungen vom 19. Dezember zufolge hat Dr. Kirk, der britische Consul in Zanzibar, Briefe von Dr. Livingstone erhalten, wonach sich dieser in bestem Wohlsein in Uschidschi aufhält.

Frankreich.

Paris, 26. Jan. Der „Indep. belge“ schreibt man: Thiers weist die Bummuth zurück, nicht in der Kammer zu sprechen; er will keine stumme Rolle spielen und protestiert gegen den Plan, einen Vice-präsidenten zu wählen; lieber wolle er sich zurückziehen. — Das baldige Erscheinen eines neuen Manifestes des Kaiserreichs wird angezeigt. — Wie der „Français“ wissen will, befand sich Napoleon am letzten Sonnabend in Dover; er soll dort die Nachrichten aus Paris abgewartet haben, um je nach den Umständen eine Landung in der Normandie zu versuchen. (Eine sehr unwahrscheinliche Nachricht.)

Dass die Imperialisten mehr agitieren denn je, ist übrigens sicher. Ihr Anhang in Paris ist auch nicht unbedeutend und nimmt sogar zu, da die Aussicht, daß die Regierung nach Paris kommt, jeden Tag geringer wird. — Die Wahlagitationen auf der Insel Corsica werden mit einer besonderen Ungehirtheit von ihnen betrieben; es scheint als sei das Kaiserthum die legitime Form der Regierung. Das freche Nouber'sche Manifest wurde zu Bastia in großen Lettern an die Mauern der Stadt geschlagen; doch scheint es keinen besonderen Eindruck gemacht zu haben. Von den Korphäen der Partei trafen die Exponenten Conneau und Arrighi, Herzog von Padua, auf der Insel ein; ferner meldet man die Ankunft Benedetti's; Nouber selbst wird bekanntlich nicht kommen, da er nicht Italienisch spricht, doch hat er die Insel mit einigen tausend seiner Photographien überflutet. — Se tdem in den litauischen Volksschulen durchweg die russische Sprache als Unterrichtssprache eingeführt ist, sieht sich sowohl bei der christlichen wie bei der lutherischen Bevölkerung eine starke Abneigung gegen dieselben tunn und der Schulbesuch vermindert sich immer mehr. Es gibt Volksschulen, die sich ungeachtet der Streng, mit der die Eltern angehalten werden, ihre Kinder zur Schule schicken, fast gänzlich entleert haben und daher geschlossen werden müssen. Die Eltern befürchten, daß ihre Kinder durch die Russifizierung ihrem religiösen Bekenntnis entfremdet und der orthodoxen Kirche zugeführt werden und ziehen es deshalb vor, ihre Kinder ohne allen Schulunterricht zu lassen. — In letzter Zeit sind im Kreise Maława wieder mehrere Fälle vorgekommen, daß eine Gesellschaft von wohlhabenden Bauern ein adliges Gut ankaufte, um es hufenweise an ihre Mitglieder zu verteilen. Diese im Königreich Polen immer häufiger sich wiederholenden Fälle beweisen einerseits die fortschreitende Verarmung des polnischen Adels, andererseits die Zunahme des Wohlstandes der Bauern. (Ostf.-Btg.)

Spanien.

Warschau, 23. Januar. Wie die „Nowost“ melden, ist es nunmehr beßtlossene Sache, daß auf der Linie der längs der österreichischen Grenze sich befindenden Eisenbahnen drei Festungen als Vertheidigungspunkte für den Fall des Krieges erbaute werden sollen. Die Baulinien sind bereits entworfen und als befestigende Punkte sind gewählt Dubno, Brokow und der Übergang über den Dniestr. — Se tdem in den litauischen Volksschulen durchweg die russische Sprache als Unterrichtssprache eingeführt ist, sieht sich sowohl bei der christlichen wie bei der lutherischen Bevölkerung eine starke Abneigung gegen dieselben tunn und der Schulbesuch vermindert sich immer mehr. Es gibt Volksschulen, die sich ungeachtet der Streng, mit der die Eltern angehalten werden, ihre Kinder zur Schule schicken, fast gänzlich entleert haben und daher geschlossen werden müssen. Die Eltern befürchten, daß ihre Kinder durch die Russifizierung ihrem religiösen Bekenntnis entfremdet und der orthodoxen Kirche zugeführt werden und ziehen es deshalb vor, ihre Kinder ohne allen Schulunterricht zu lassen. — In letzter Zeit sind im Kreise Maława wieder mehrere Fälle vorgekommen, daß eine Gesellschaft von wohlhabenden Bauern ein adliges Gut ankaufte, um es hufenweise an ihre Mitglieder zu verteilen. Diese im Königreich Polen immer häufiger sich wiederholenden Fälle beweisen einerseits die fortschreitende Verarmung des polnischen Adels, andererseits die Zunahme des Wohlstandes der Bauern. (Ostf.-Btg.)

Nicht nur die Deputirtenkammer, sondern auch der Senat ist aufgelöst. Letzterer hob seine Sitzungen sofort auf, während die der Deputirten ungefähr 5 Stunden dauerte und einen sehr erregten Verlauf nahm. Londoner Privatnachrichten sagen, ein Deputirter habe ausgerufen: „Der König hat den Vertrag mit dem Volk gebrochen; man kann nur noch auf die Barricaden steigen!“ Borilla sprach: „Gott rette die Freiheit! Gott rette das Land! Radikale, vertheidigt Euch!“ Es herrschte große Erregung unter dem Volk. Man erwartet Unruhen. Wiener Blätter wird von einem Gericht gemeldet, nach welchem der Marshall Serrano zur Leitung eines neuen Ministeriums berufen sei. In seiner mehrfach erwähnten Rede hatte Sagasta auch ausgesprochen, daß die cubanische Insurrection beendet sei. Die Haltung der neuesten amerikanischen Blätter stimmt nicht recht mit diesem Ausspruch überein. Dieselben wenden sich vielmehr in einem Tone gegen Spanien, als ob die Union im Begriffe stände, den Krieg mit diesem Lande zu beginnen. Es fehlt an Stimmen nicht, die da meinen, Präsident Grant beabsichtige möglicherweise, die Große und Cuba's als Teil für seine Wiederwahl zu benutzen, allein es ist dabei nicht zu übersehen, daß ein wichtiger Theil des Congresses, der bereits bei der Domingoaffaire den Ausschlag gegeben hat, die Union darf zu seinen neuen Eroberungen schreiten, ehe nicht die Alabamaaffaire erledigt und in den Nord- und Südstaaten selbst eine vollständige Consolidierung der Beziehungen eingetreten sei; Amerika darf die Zahl der bereits schwelenden Fragen nicht vermehren. Freilich befinden sich die Flaggen beider Staaten bereits in den cubanischen Gewässern gegenüber und viele amerikanische Blätter fordern, daß die Ausübung des Untersuchungsrechts von Seiten der spanischen Kriegsschiffe als casus belli betrachtet werden möge. Es ist indeß anzunehmen, daß die Mäßigung auf beiden Seiten einen offenen Bruch, ebenso wie es in der Alabamaaffaire geschah, verhindern wird.

Amerika.

New-York, 12. Jan. Ein interessantes Zeichen der Zeit ist das Gesuch von sechs Japanesen um Aufnahme in die Westpoint Academie. Es ist dafür die Zustimmung des Congresses erforderlich.

Aus Mexiko kommt die erfreuliche Nachricht von einer gründlichen Niederlage des Porfirio Diaz. Es wurden ihm sämtliche Kanonen und Pferde abgenommen.

25. Jan. Die liberalen Republikaner von Missouri haben eine nationale Massenconvention einberufen, um Betreffs der Präsidentenwahl vorzugehen. Die Convention tritt am 6. Mai in Cincinnati zusammen.

Einem in Londoner Blättern enthaltenen Telegramm aus Port-au-Prince vom 3. d. zufolge ist daselbst ein preußisches Kriegsschiff angekommen, dessen Commandeur eine Regelung der während der Revolution den in Haiti ansässigen Deutschen erwachsenen Verluste verlangt. Ein anwesender französischer Kriegsdampfer verlangt eine Regelung der französischen Schule. Die Angelegenheiten des Landes befinden sich in einer kritischen Lage. Das Ministerium hat seine Demission gegeben.

Rio de Janeiro, 6. Januar. Die den ausländischen Schiffen ertheilte Erlaubnis der Küstenschiffahrt längs den brasilianischen Höfen wurde bis Ende 1873 verlängert. — Die Kaiserin-Witwe hat ihre 140 Sklaven freigelassen.

Aus Brasilien wird berichtet, daß der Bischof von Para einen Kreuzzug gegen die dortige Presse eröffnet hat. Drei Zeitungen, welche es nicht nur an Rechtgläubigkeit gegen gewisse Dogmen der römisch-katholischen Kirche gehalten, sondern auch Sr. Hochwürden und der Geistlichkeit nicht den schuldigen Respect bewiesen,

Wir beehren uns hierdurch anzugeben, daß wir neben unserem

Manufacturwaaren-Engros-Geschäft

in den unteren Räumen unseres Geschäftslokals

an der Wollwebergasse, Langgasse No. 79, an der Wollwebergasse,

Manufactur- und Leinen-Geschäft en détail

mit dem heutigen Tage eröffnen.

Sämtliche Artikel in größter Auswahl werden auch im Detail zu Engros-Preisen abgegeben.

Danzig, den 29. Januar 1872.

Achtungsvoll

S. Hirschwald & Co.

Gestern Morgen 1½ Uhr wurde meine liebe Frau Marie, geborene v. Stug, von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden.
Otto Klewitz.

Heute früh 7 Uhr wurde meine liebe Frau Ottile, geb. von Colbe, von einem Mädchen glücklich entbunden.
Venstia, den 27. Januar 1872.

Fr. Fischer.
Heute Abends 8 Uhr wurde meine liebe Frau Louise, geb. Schaff, von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden. Dieses Verwandten und Freunden statt jeder besondern Anzeige.

Danzig, den 28. Januar 1872.

Wilhelm Arndt.
Die Verlobung unserer Tochter Johanna mit dem Kaufmann Herrn Moses Blumberg beehren wir uns ergeben zu anzeigen.

Danzig, den 29. Januar 1872.

J. Eisenstadt und Frau.

Johanna Eisenstadt,
Moses Blumberg.
Verlobte.

Todes-Anzeige.

Heute Nachmittag 2 Uhr entzog uns der unerbittliche Tod unsere gute Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Nichte

Adeline Bobinski
in Meine, im noch nicht vollendeten 24. Lebensjahr. Dieses für uns so herben Verlust zeigen wir Freunden und Bekannten statt besonderer Meldung ganz ergebnst an.

Danzig, den 26. Januar 1872.
August Bobinski
(1494) und Frau.

Zu Damenkleidern
feine leichte Tüche in modernsten Farben empfiehlt billigst
F. W. Puttkammer.

Cöln-Mindener 100 Thlr. Eisenbahn-Loose.

2 Gewinnziehungen jährlich. Haupt-Gewinne
2 à 60,000 — 2 à 10,000 — 2 à 5000 —
4 à 2000 Thlr. n.

niedrigster Gewinn 110 Thlr. — Obige im ganzen deutschen Reich sanctionirten verzinslichen Prämien-Loose à 100 Thlr. gebe ich in Raten-Briefen, in 20 einvierteljährlicher Capital-Raten à 5 Thlr. zu erhalten, ab. — Die Ratenbriefe genießen von 1 Rate ab volle Gewinn-Berechtigung an den jährlich 2 mal stattfindenden Gewinn-Ziehungen und es hat ein Raten-Brief voraussichtlich nach erfolgter Abzahlung neben 3½ % Zinsen einen Cours-Gewinn von 20—25 Thlr. — Collectore hierfür finden Anstellung. — Raten-Briefe à 5 Thlr. und Prosp. bei

Hermann Block, Bank-Geschäft, Stettin.

IDUNA,

Lebens-, Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft in Halle a. S.

Ultimo December 1871 waren in Kraft:

57768 Versicherungen über	11,846,636 Thlr.
58 Rententversicherungen über eine jährliche Rente von	4,832
Jahresprämie für alle ult. December 1871 noch laufenden Versicherungen	425,975
Reserven ult. December 1870	1,136,081
Zur Dividende verfügbare Gemini-Uleberlösse ult. December 1870	135,542

Halle a. S., den 1. Januar 1872.

Die Direction.

Mit Annahme von Versicherungs-Anträgen für die „Iduna“ beauftragt, erbieten wir uns zu jeder weiteren gewünschten Auskunft.

Danzig, im Januar 1872.

(1286) Der heutigen Nummer bei liegt ein Prospect der neuen Zeitschrift

Die Gegenwart,
Wochenschrift für Literatur, Kunst und öffentliches Leben, redigirt von Paul Lindau. Den ich geneigter Beachtung empfehle. Probenummern stehen auf Wunsch gratis und franco zu Diensten.

Constantin Ziemssen,
Buch-, Kunstd. u. Musikalien-Handlung, Langgasse 55. (1505)

Shakespeare.
Sein Leben und seine Werke von Bud. Genée Preis 1 Thlr. vorrätig bei

Constantin Ziemssen,
Buch-, Kunstd. u. Musik.-Hdlg., Langgasse 55.

Ein Posten rompontierter aber beliebter Tücher von Boudif, Faust, Gungl, Parlow etc. für das Piano-forte à deux mains und im Garzen oder einzeln sehr billig zu verkaufen.

Constantin Ziemssen,
Buch-, Kunstd. und Musikhandlung, Langgasse 55.

Reine Ameiseneier à Bid. 22½ Thlr. empfiehlt August Hoffmann, Heiligegeistgasse 26.

Beste Tafel-Pflaumen, à Bid. 2½ Thlr. empf. M. Klein.

Sehr gutes Buziger, Bairisch u. Weißbier à Flasche 1 Thlr. auch kräftiges Halbbier empfiehlt

A. Antoniou, Fischertor 17, in der blauen Hand.

Gut empfohlene Inspectoren, sowie Cleven

für die Landwirtschaft, suche zum sofortigen und späteren Antritt. Böhmer, Langgasse 55.

Neufahrwasser, den 25. Januar 1872.

Der Hafen-Bau-Inspector. Fr. Schwabe.

Ratten, Mäuse, Motten, Schaben, Wanzen etc. verfüllig mit Jähr. Garantie. Auch empfiehlt meine Medicamente zur Vertilgung des Ungeziefer. J. Dreyling, l. l. appr. Kammer, Tücherg. 31.

Pianinos von A. H. Francke, Leipzig, durch vorzüglich Ton und Stimmlangleich ausgezeichnet, in Polster- und Küssbaum-Gebäuden, deren Vertretung am hiesigen Platz ich allein habe, verkaufe nach Preis-Courant der Fabrik Ph. Wiszniewski, 3. Damm 3.

Matzes-Maschinen,

a 50 Thlr. und

Matzes-Mühlen,

13 Thlr. vr. Stück,

empfiehlt die Maschinen-Fabrik von

Albert Wiese

(1438) in Bromberg.

Sehr guten Sauerkohl und deitale Dill-

und Pfefferquirlen empfiehlt

A. Anthony, Fischertor 17,

(1502) in der blauen Hand.

Engl. Pfeffermünzkuchen

sind wieder von London eingetroffen und of-

ferten die Rathsapotheke in Danzig.

Wachslichte

aus chemisch reinem Bienenwachs em-

pfiehlt in allen Größen

Richard Venz, Brodbänkengasse 48.

Militair-Handschuhe u.

Gravatten empfiehlt

Aug. Hornmann.

Cotillon-Orden,

das Neueste in dieser Saison, von 24

bis 2 Thlr. pro Dutzend, empfiehlt die Papier-

handlung von

Wilhelm Homann,

Langgasse No. 4, Eingang Serbergasse.

Auswärtige Aufträge werden prompt

ausgeführt.

(1517)

J. Jacobus.

Empfiehlt mein

Cigarren-Lager

in brillanter Auswahl, sortiert in allen Preisen von

5—100 Thlr.

Alle Arten

Rauch-, Kau- und Schnupftabake.

Wiederverkäufern biete vor-

theilhafte Einkäufe.

J. Jacobus.

73. Langgasse 73.

(im Hause d. Löwenapotheke.)

Eine Waschmaschine und

eine Windemaschine

billig zum Kauf Heiligegeistgasse 26.

Guts-Verkauf.

Ein Gut in Ostpreußen, ca. 8 culm. Hufen

groß, mit compl. massiven Gebäuden, aber

ein Inventar, an der Chauffee, ½ Meile v.

der Kreisstadt, ca. 5 Meilen v. d. Bahn ge-

legen, ist Umstände halber billig zu verkaufen.

Meldungen von Selbstkäufern unter 1409 in

der Exped. d. Sta.

Brauerei-Verkauf.

In Westpreußen, in der Nähe der Bahn

und Chauffee, in einer lebhaften Handels-

stadt, ist eine schuldenfreie Brauerei auf hei-

rich und einfaches Bier eingerichtet, bestehend

aus Braubaus, Wohnung, Rofmühle, einer

Sommerrestaur. nebst Garten und 11

Morgen Land, Eiseller, Speicher, für

morgens 900 Thlr. bei 1000 Thlr. Anzahlung mit

Inventar schleunigst zu verkaufen. Näheres

erfahrenen Käufer durch Th. Kleemann in

Danzig, Brodbänkengasse 34. (1519)

Ein Mühlengrundstück mit 20 Morgen

Land und 2 Mühlen, Bohn-

haus, Scheune und Stall ist für 5000

Thlr. zu verkaufen. Näh. Portekaisen-

gasse No. 8, 1 Treppe.

Ein Mühlengrundstück mit 20 Morgen

Land und 2 Mühlen, Bohn-

haus, Scheune und Stall ist für 5000

Thlr. zu verkaufen. Näh. Portekaisen-

gasse No. 8, 1 Treppe.

Billete zum 1. Platz à 10 Thlr.

sind zu haben bei Herrn Sebastiani,

Langgasse 66.

Danzer Stadttheater.

Dienstag, 30. Januar. (V. Abend. No. 5.)

Der Prophet.

Selonke's Etablissement.

Dienstag, den 30. Jan.: Vorstellung

und Concert im neuen Königsaal.

Donnerstag, 1. Februar: Benes für

den Ballettmaster Herrn Alak.

Redaktion, Druck und Verlag von

A. W. Kasemann in Danzig.